

Konservative Politik des Grafen von Hertling

Die Vertreter der Mehrheitsparteien gingen mit dem designierten Reichskanzler Georg Graf von Hertling nicht nur in ihren direkten Besprechungen mit der Aufforderung zur Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung auf Konfrontationskurs. Sie kritisierten ihn auch in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses vom 29. Oktober heftig. Schließlich war der rechtsgerichtete Hertling im Rahmen der Julikrise der Reichskanzlerkandidat des Militärs gegen die linksgerichtete Reichstagsmehrheit gewesen. Mit seinen Äußerungen gegen die Parlamentarisierung und Demokratisierung sowie seiner Ablehnung der von den Mehrheitsparteien geforderten Autonomisierung Elsass-Lothringen war er für sie als Reichskanzler nicht zu akzeptieren.

Quellen:

MATTHIAS, Erich / MORSEY, Rudolf (Hg.), Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, Bd. 1 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Reihe 1: Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik 1), Düsseldorf 1959, Nr. 71a-e, S. 334-362.

Literatur:

HUBER, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart u. a. 1978, S. 380-385.

Empfohlene Zitierweise:

Konservative Politik des Grafen von Hertling, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturreportagen Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 16038, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/16038. Letzter Zugriff am: 19.05.2024.